

BZ BERNER ZEITUNG

BZBERNERZEITUNG.CH



LINDSEY VONN Zwischen Seifenoper und Tragikomödie

Der Auftritt Lindsey Vonn vor den ersten Rennen an der Ski-WM in St. Moritz ist eine Mischung aus perfekter Inszenierung und schmerzhafter Realität. **SEITE 18**

ERNÄHRUNG Gesund und fit mit Fisch

Für die Gefässe, für die geistige Leistungsfähigkeit und gegen die Entwicklung von Demenz oder Psychosen: Wer viel Fisch isst, tut sich etwas Gutes. **SEITE 26**

OBERLAND Der Luchs expandiert

Obwohl es im Oberland immer mehr Luchse gibt, bleibt eine Kontroverse dazu aus. **SEITE 2**



AZ Bern, Nr. 30 | Preis: CHF 4.00 (inkl. 2.5% MwSt)

AUSGABE STADT + REGION BERN

Heute 1°/4°
Der Tag beginnt noch mit Flocken, später trocknet es allmählich ab.

Morgen -1°/4°
Nach teils freudlichem Start ziehen Wolken und Tropfen auf. **SEITE 15**

BUSSWIL
Musiker Henä erobert die Charts
Seit 2016 ist er regelmässig im Radio zu hören: Mundartsänger Henä. Nach seinem Hit «mängisch» legt der Busswiler nun mit dem Song «Da Vinci» nach. Wir statteten dem Künstler bei ihm zu Hause einen Besuch ab und fragten ihn, wieso er immer wieder mit Göli verglichen wird. **SEITE 7**

SÜDAFRIKA
Wenig Bildung für Schwarze
Über zwanzig Jahre nach dem Ende der Rassentrennung gilt in Südafrika eine gute Schulbildung immer noch als Privileg für wenige. Die schwarze Bevölkerung hat nicht die gleichen Chancen. Einer der wichtigsten Gründe für die Misere ist, dass die Lehrer schlecht ausgebildet worden sind. **SEITE 15**

EISHOCKEY
Bern verliert, bleibt aber vorne
Der SC Bern kommt nicht vom Fleck. So schlimm ist das aber nicht, steht die Equipe von Karl Jässon doch weiterhin an der Spitze der National League A – trotz 1:2-Niederlage gegen die ZSC Lions. Die nächsten Runden stehen für die Berner primär im Zeichen der Playoff-Vorbereitung. **SEITE 19**

WAS SIE WOLLEN FINDEN

Kinos	16
BZ-FORUM	27
Unterhaltung	29
Agenda	30
TV/Radio	31
Anzeigen:	
Todesanzeigen	28

WIE SIE UNS ERREICHEN

Zentrale 031 330 31 11
Abo-Service 0844 844 466 (Lokal tariff)
Redaktion Bern 031 330 33 33
Redaktion E-Mail redaktion@bernerzeitung.ch
Anzeigen 031 330 33 10
Leserbriefe, SMS 4488

BZ BERNER ZEITUNG

1 000 06

9 771422 987002

Ökonom will Zuwanderer zur Kasse bitten

ZUWANDERUNGSINITIATIVE Reiner Eichenberger, Ökonom und Professor an der Uni Freiburg, kritisiert das Parlament für die Umsetzung der Initiative. Er schlägt vor, dass jeder Zuwanderer jährlich 4000 bis 5000 Franken abgeben muss.

Am Donnerstagläuft die Frist zur Umsetzung der Zuwanderungsinitiative der SVP ab. Ökonom Reiner Eichenberger, ein Befürworter der Initiative, lässt zwar keinen guten Faden an der Umsetzung, welche das Parlament

beschlossen hat. Glaubt man seinen Ausführungen, hätte es aber schlimmer kommen können. Nämlich dann, wenn die EU das Gesetz explizit gutgeheissen hätte. «Dann hätte der Bundesrat, der vor der EU zittert, nicht mehr

abzuweichen gewagt», sagt der streitbare Professor im Interview. Nun bleibe immerhin der Druck hoch für eine griffige Lösung. Er schlägt vor, dass jeder Zuwanderer pro Jahr 4000 bis 5000 Franken zusätzlich zu den Steuern abgeben müsste. Das würde die Zuwanderung – 2016 kamen netto gut 60 000 Personen – für viele unattraktiv machen. Der Einwand, eine solche Kur-

taxe sei unvereinbar mit der Personenfreizügigkeit, gilt für Eichenberger nicht. Letztere hält er sowieso für «politisch tot». Sollte es nicht anders gehen, befürwortet er einen Showdown an der Urne. Dafür würde er gar die bilateralen Verträge mit der EU opfern. Wichtiger als diese Verträge sei der Freihandel mit der EU, und dieser sei separat abgesichert. **cab SEITE 12+13**

Im Schneetreiben gewirbelt



Andreas Bähler

FOUSSBALL YB hat zum Auftakt der Rückrunde im Heimspiel gegen Sion nach einem verhaltenen Start in die Partie eine starke Leistung gezeigt und verdient 3:1 gewonnen. Bei schwierigen Bedingungen auf schiefem Unter-

grund überzeugten die Berner mit einem guten Teamgefüge und einigen mustergültigen Angriffen. Abwehrspieler Alain Rochat brachte YB nach 33 Minuten in Führung, Goalgetter Guillaume Hoarau doppelte kurz vor der Pau-

se nach. Kurz nach der Halbzeit markierte Thorsten Schick nach einem sehenswerten Konter das 3:1. YB blieb auch im 13. Spiel in Serie ungeschlagen und baute den Vorsprung auf Rang 3 auf 8 Punkte aus. **ljp SEITE 17**

Neue Tarife für Psychiatrie

SCHWEIZ Spitäler haben mit Swiss DRG längst eine einheitliche Tarifstruktur. Ab 2018 soll es nun für stationäre Behandlungen in psychiatrischen Kliniken ein Pendant geben: Tarpsy. Dieses hat allerdings einen entscheidenden Unterschied zum in gewöhnlichen Spitätern geltenden Tarifsystem Swiss DRG. Bei Tarpsy wird für jede Diagnose ein fixer Preis festgelegt.

Eine Blinddarmpoperation in einem Berner Regionalspital kostet etwa 6434 Franken. Weil dagegen bei psychischen Krankheiten der notwendige Klinikaufenthalt sehr unterschiedlich lange dauert, sieht das System Tarpsy statt Fallpauschalen Tagespauschalen vor. Damit falschen Anreizen entgegen gewirkt wird, sinken sie mit der Dauer des Aufenthalts. **ma SEITE 11**

Donald Trump blitzt ab

EINREISESTOPP US-Präsident Donald Trump stösst mit seinem unstrittenen Einreiseverbot auf Widerstand in der Justiz. Zweimal binnen kurzer Zeit entscheiden Gerichte gegen den von Trump verfügten Bann für Bürger aus sieben muslimischen Ländern. In der Nacht auf gestern wies ein Berufungsgericht in San Francisco einen Eilantrag der Regierung gegen das Urteil

des Bundesrichters James Robart ab, der den Einreisestopp rund 24 Stunden zuvor vorläufig gekippt hatte. Damit bleibt der Einreisebann vorläufig ausser Kraft. Trump reagierte mit zornigen Tweets auf die Entscheidung von Richter Robart und griff ihn direkt an: «Die Meinung dieses sogenannten Richters ist irrwitzig und wird überstimmt werden!», schrieb er. **sda SEITE 14**

Das grosse Ringen der Fitnessclubs

STADT BERN In Bern droht allmählich ein Überangebot an Fitnesszentren. Die Anbieter hoffen, bald von der Krankenkasse bezahlt zu werden.

Über den Mittag Gewichte stemmen, nach dem Feierabend auf dem Laufband Dampf ablassen: Der Gang in das Fitnesscenter gehört für viele Menschen zum modernen Lifestyle. Entsprechend zahlreich buhlen Gyms, Gesundheitszentren oder Yogastudios um Kundchaft. Besonders gross ist die Ballung in Berns Innenstadt, und dort insbesondere an der Effingerstrasse. Keine 50 Meter vom etablierten Fitnessclub Plus entfernt eröffnet in zwei Monaten die Fitnesskette Fvo im ehemaligen Schanze-Post-Prisovium ihr erstes Zentrum in Bern.

Beim Branchenverband der Schweizerischen Fitness- und Gesundheitscenter beobachtet man die Entwicklung mit gemischten Gefühlen. Einerseits resümiert Verbandspräsident Claude Ammann «Verdrängungskämpfe», andererseits sieht er für seine Branche noch immer viel Potenzial. Mit einer Initiative kämpft sein Verband dafür, dass Fitnesstrainings als Therapieform anerkannt und von der Krankenkasse gedeckt werden. **hae/cvf SEITE 3**

Als Kader untragbar

WANGEN AN DER AARE Zwei der sechs Rekruten, die auf dem Waffenplatz mit Hilttergruss und Hakenkreuz posierten, wollten eigentlich eine militärische Karriere einschlagen. Diese Chance haben sie vertan, nachdem das Bild mit ihnen im Internet und im Sonntagstablet aufgetaucht war. «Als Kader sind sie nicht tragbar», macht Armee Sprecher Daniel Reist klar.

Alle sechs Wehrmänner wurden unter Arrest gestellt, nachdem sie sich selbst gestellt hatten. Inzwischen sind sie jedoch wieder auf freiem Fuss und können ihre Rekrutenschule ohne weitere Einschränkungen abschliessen. Hingegen müssen sie sich noch vor der Militärjustiz verantworten. Diese klärt ab, ob sie gegen die Antirassismusstrafnorm verstossen. Der Armee Sprecher ist hingegen überzeugt, dass weder am Waffenplatz noch an der Armee etwas hängen bleibt, nachdem sie offen kommuniziert hätten, was schiefgelaufen sei. **jp/cd SEITE 10**

In Kürze

BAHN Geht der SBB-Chef nach Deutschland?

Nach dem Rücktritt von Rüdiger Grube letzte Woche sucht Deutschland einen neuen Chef für die Deutsche Bahn (DB). Nur Tage nach Grubes Rücktritt wird gemunkelt, SBB-Chef Andreas Meyer könnte dessen Nachfolger werden. Laut DB-Aufsichtsratsmitglied Kirsten Lüthmann ge-



Andreas Meyer Stefan Andereg

hört Meyer zum Favoritenkreis für den frei gewordenen Chefposten der Deutschen Bahn. Das berichtete die «Tagesschau» des Schweizer Fernsehens. ma

BANK MIRABAUD «Ronaldos Geld in Genf ist legal»

Der Fussballstar Cristiano Ronaldo und die Genfer Bank Mirabaud gerieten im Zuge der «Football Leaks»-Enthüllungen Ende letzten Jahres wegen vermuteter Steuertricks in die Schlagzeilen. So soll Ronaldo einen Teil seiner Einkünfte an zwei Firmen ausserhalb seines Wohnorts Spanien verlegt haben, um Steuern zu sparen. Gestern erklärte nun Präsident Yves Mirabaud in einem Interview mit der «NZZ am Sonntag», Ronaldo habe bei der Bank nur legale und deklarierte Gelder parkiert. Ronaldos Konto sei vom ersten Tag an vollständig bei den spanischen Steuerbehörden deklariert gewesen. ma

TERRORISMUS Apotheken sollen Verdächtige melden

Nitrate, Aceton, Wasserstoffperoxid – solche Chemikalien können zum Bau von Bomben verwendet werden. Das Bundesamt für Polizei (Fedpol) hat deshalb Apotheker in einem Brief dazu aufgefordert, verdächtige Kunden zu melden. Den Brief hatten die Apotheken in den vergangenen Wochen erhalten. Sie werden darin auf verdächtiges Verhalten von Kunden hingewiesen: Wer sich beispielsweise nervös verhält, eine ungewöhnlich grosse Menge einer Chemikalie kaufen will oder keine Auskunft über die geplante Verwendung geben will, könnte terroristische Motive haben. Apothekerinnen und Apotheker sollen solche Käufer künftig erkennen und dem Fedpol melden, wie die «Sonntags-Zeitung» gestern berichtet hat. sda

ONLINE NZZ deaktiviert Kommentarspalten

Nächste Woche schaltet die NZZ ihre Kommentarspalten auf NZZ.ch bei den meisten Artikeln ab. Die «alte Tante» reagiert damit auf die «gehässige Stimmung», die sich in den Onlinekommentaren breitgemacht habe. «Wo früher Leserinnen und Leser kontrovers miteinander diskutierten haben, beschimpfen sie sich immer öfter», hält die Zeitung fest. Ein kleiner Trost für NZZ-Onlinekommentatoren: Neu soll jede Woche ein Redaktor unter seinem Artikel online mit den Lesern eine moderierte Diskussion führen. ma

«Die Personenfreizügigkeit ist politisch

MONTAGSINTERVIEW Der Ökonom Reiner Eichenberger hält drei Tage vor Ablauf der Umsetzungsfrist – das Gesetz zur Masseneinwanderungsinitiative für eine Nulllösung. Immerhin belasse sie den Druck hoch für eine echte Beschränkung der Zuwanderung. Er wüsste, wie er das Problem anpacken würde.

Was halten Sie von den starken Ausseengrenzen und den Einreiseverboten, die US-Präsident Donald Trump durchsetzen will?

Reiner Eichenberger: Sein Vorgehen wirkt konfus. Gesucht positiv könnte man es als Versuch zum Sprengen von Fesseln sehen. Er wirft einen Stein ins Wasser und schaut, was passiert.

Wissenschaftler und Sportler aus sieben islamischen Ländern durften nicht einreisen, bis ein Richter Trump vorläufig stoppte. Ist das nicht abstrus?

Zum Glück trifft seine Migrationspolitik schon jetzt nicht bloss Arme und Schwache, die niemand sieht und hört. Aufgrund der Reaktionen macht er vielleicht am Ende doch noch etwas Vernünftiges.

Auf jeden Fall zieht sich Amerika offensichtlich zurück und schottert sich zunehmend ab.

Die USA sind schon lange nicht mehr so liberal, wie viele meinen. Sie sind total in ihrem Sicherheitsdenken gefangen. Und gegenüber dem Freihandel waren die Menschen bereits unter Barack Obama skeptisch eingestellt. Das gilt ebenso für Europa und die Schweiz – denken Sie nur an die absurde Verdammung des Einkaufstourismus.

Offenbar zielt eine freie Einwanderungs- und eine liberale Handelspolitik an den Leuten vorbei. Trump hat das erkannt.

Nein, liberal nützt allen. Im Moment wird viel Unsinn über Freihandel erzählt, auch von Ökonomen. Sie behaupten, es gebe neue Argumente gegen Freihandel. Dabei sind das Ladenahter. Es war immer schon klar, dass Freihandel unter bestimmten, theoretischen Bedingungen nacheilig ist. Es ist aber nicht klar, wann diese Bedingungen gelten. Jede Branche behauptet, genau sie verdiene Schutz. Deshalb würden zumeist die Falschen protegert. Folglich ist Freihandel als eiserne Regel richtig.

Um objektive Argumente geht es eventuell gar nicht, sondern um ein Bauchgefühl. Das müsste Ihnen bekannt sein. Schliesslich halten Sie Menschen für durchschnittlich intelligent, aber denkfaul. Warum?

Menschen sind bei aller Intelligenz bei weitem nicht perfekt. Sie machen permanent Fehler. Ein gutes Wirtschaft- und Politiksystem ist eines, das diese Fehler abfedert.

Und das Festhalten an Lösungen, welche die Bevölkerung ablehnt, halten Sie für schlau?

Freihandel ist für die Gesellschaft als Gesamtes gut: Längerfristig geht es uns besser, der Wohlstand nimmt zu, wir sind glücklicher. Aber für einen einzelnen Anbieter sieht es anders aus. Er möchte, dass alle Märkte offen sind, ausser jener, in dem er selber aktiv ist.

Und wie halten Sie es mit der Einwanderung?

Da muss ich zuerst etwas klären: Freihandel heisst offene Grenzen für Güter, Dienstleistungen und allenfalls Kapital. Freihandel heisst aber nicht freier Personenverkehr. Menschen und Güter darf man nicht verwechseln. Das sehen aber nicht alle Ökonomen so...

Mittlerweile schon wieder. Ihr härtester Rivale in dieser Frage, der Basler Ökonom George Sheldon, auch?

Ah, das alte Streitgespräch in Ihrer Zeitung! George Sheldon brachte im Januar vor drei Jah-

ren einiges durcheinander (schmunzelt).

Er warf Ihnen vor, Sie würden bei der Personenfreizügigkeit faktenfrei argumentieren.

Dieser Vorwurf wurde damals aus dem Zusammenhang gerissen. Sheldon reagierte auf meine Kritik an den meist vom Bund finanzierten Studien zum Nutzen der Personenfreizügigkeit. Dies betraf auch ihn als Studienautor. Ich betonte, man solle aufhören, dieses Prinzip derart zu vergöttern. Mit Recht wies er darauf hin, dass meine Aussagen nicht auf abstrakten, theoretischen Studien basieren würden. Ich habe meine Position argumentativ aus einfachen ökonomischen Grundsätzen und Plausibilitätsüberlegungen hergeleitet.

Das tönt jetzt tatsächlich wenig wissenschaftlich...

Das ist genau gute Wissenschaft. Wichtig ist, dass die relevanten Einflussfaktoren berücksichtigt werden. Das kann man so oft besser als mit einem mathematischen Modell. Entscheidend bleibt: Zuwanderer nützen und kosten. Der Bund und seine Auftragsstudien haben bisher einfach die Kosten ignoriert. Das ist unwissenschaftlich.

Auf jeden Fall gelten Sie, seit Sie für die Masseneinwanderungsinitiative weibelten, als Kronzeuge der SVP...

... Ich bin nicht SVP-nah. In vielen habe ich eine komplett andere Meinung. Wir teilen einfach die Position, dass Personenfreizügigkeit nicht per se gut ist. Allerdings ziehe ich andere Schlüsse daraus. Diese habe ich qualifizierter begründet als der Bund die seinen.

Woher nehmen Sie dieses Selbstbewusstsein?

Die Auswirkungen der Personenfreizügigkeit sind komplex, und die Wanderung wirkt sich in der Schweiz anders aus als in typischen Zuwanderungsländern wie den USA oder Australien. Um da durchzusehen, muss man den Mut haben, selbst und unabhängig zu denken. Der Bund hat zwar viele teure Gutachten in Auftrag gegeben, aber er wollte nicht eine ehrliche Antwort, sondern eine Bestätigung für seine vorgefasste Meinung, dass Personenfreizügigkeit gut ist. Das machte die Arbeit auch für gute Wissenschaftler schwierig.

Zurück zur Aktualität: Die Frist für die Umsetzung der SVP-Initiative läuft am Mittwoch ab. Das Parlament lieferte fristgerecht ein Gesetz dazu. Sind Sie zufrieden damit?

Überhaupt nicht. Da wurde eine Illusionenfabrik vertan. Aber die Nulllösung ist besser, als wenn man etwas Halbes gemacht hätte. Ja, was jetzt?

REINER EICHENBERGER IM GESPRÄCH

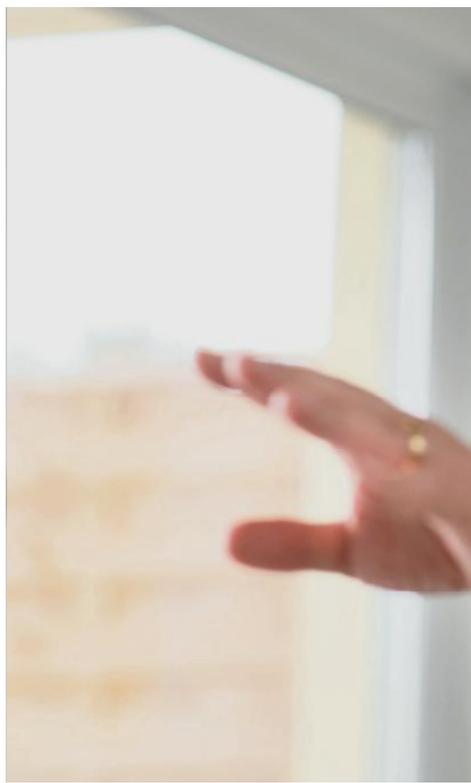
Volkswirtschaft studierte Reiner Eichenberger, weil er die Welt verstehen wollte. Nun erklärt der 55-jährige Wirtschaftswissenschaftler anderen die Welt. Kaum ein Thema, zu dem ihm nichts einfällt. Sei es Zuwanderung, Verkehr, die alternde Gesellschaft oder irgendwas sonst. Es kitschelt ihn richtiggehend, die ökonomische Logik dahinter zu suchen.

Eichenberger wohnt mit seiner Frau und seinen beiden Kindern mit Aussicht auf den Zürichsee in Feldmeilen. Rund um das freundlich gelb gestrichene

«Der Bund hat zwar viele teure Gutachten in Auftrag gegeben, aber er wollte nicht eine ehrliche Antwort, sondern eine Bestätigung für seine vorgefasste Meinung, dass Personenfreizügigkeit gut ist.»



Haus, Sunnehalde mit Namen, tummeln sich Wachteln, Wasserschilkröten, Kaninchen, Katzen und ein Hund. Der Professor, der seit Ende 1998 an der Universität Freiburg einen Lehrstuhl für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik innehat, empfängt in der vorlesungsfreien Zeit daheim zum Interview. Er redet sich schnell in Fahrt. Eichenberger vertritt seine Sache mit Leidenschaft und ohne Rücksicht auf den Mainstream. Die Debatte um die Masseneinwanderungsinitiative, die er befürwortete, trug ihm



Zuwanderer sollen während mehrerer Jahre einen Zuschlag auf den Steuern von

Ein starkes Gesetz hätte riesige Vorteile gebracht. Schlimmer als jetzt wäre aber ein halbstarkes Gesetz mit formeller Zustimmung der EU gewesen. Davon hätte der Bundesrat, der vor der EU zittert, dann nie mehr abzuweichen gewagt. Das immerhin blieb nun so. Wie beurteilen Sie als Demokratiefan das epische Falschen um das Gesetz im Parlament? Man ist einen Schritt weiter. Die Vorstellung, dass die Personenfreizügigkeit positiv ist, ist politisch tot. Und es ist vielen klargeworden, wie wenig die Bilateralen I bringen.

Sie sehen sich als Experten für Marktversagen, auch für politisches Marktversagen. Ist das Gesetz ein solches?

Ja. Aber immerhin erhält diese spruchschwache Massnahme den Druck aufrecht, dass nach einer echten und brauchbaren Lösung gesucht wird. Dann befürworten Sie einen Showdown an der Ume für oder gegen das ganze Paket – inklusive der sechs bilateralen Abkommen, die ja nur mit der Personenfreizügigkeit zu halten sind. Wirkungsvolle Massnahmen ohne Schweizer Kündigung der Bi-

lateralen I wären besser. Wenn das aber das Parlament nicht will, braucht es halt einen Showdown. Wer diese sechs Verträge studiert, merkt schnell, dass es nicht um viel geht. Würden sie heute ohne jede Ersatzlösung gekündigt, wüchsen die Einkommen pro bisherigen Einwohner bis 2035 nur um 0,7 Prozent schwächer, aber immer noch um über 9 Prozent. Dies zeigte im Herbst 2015 eine im Auftrag des Bundes erstellte Studie von Ecoplan auf. Viel wichtiger als diese Verträge ist der Freihandel mit der EU, doch dieser ist separat geregelt und nicht gefährdet.

Was ist denn nun so gut an der Masseneinwanderungsinitiative, die das ganze Establishment bekämpfte wie der Teufel das Weihwasser?

Sowohl der Bund wie auch der Wirtschaftsdachverband Economiuisse waren gefangen in der Vorstellung, dass die Personenfreizügigkeit grundsätzlich positiv sei. Doch sie nützt vor allem Managern, die leichter Personal einstellen können. Viele andere leiden unter der starken Einwanderung. Ginge diese Entwicklung weiter, hätte das ökonomisch wie ökologisch sehr hohe Kosten zur Folge. Gut war auch, dass das Abstimmungsresultat am 9. Februar 2014 knapp ausfiel. Denn mit Kontingenten, wie sie der SVP verschweben, droht ein bürokratischer Albtraum.

Was schwebt Ihnen also vor?

Wir brauchen Zuwanderungspreise. Ich gehe davon aus, dass die EU solche eher akzeptieren würde als Kontingente. Die EU offerierte Grossbritannien etwas Ähnliches für den Fall, dass das Land auf den Brexit verzichtet hätte: Gering verdienende Neuzuwandernde hätten anders als Einheimische keine staatlichen Lohnzulagen mehr erhalten. Mir schwebt ein Preissystem vor, das nicht Leistungen vorenthält, sondern von jedem Zuwanderer

tot»



4000 bis 5000 Franken bezahlen, schlägt Wirtschaftswissenschaftler Reiner Eichenberger vor.

Bilder Patrick Gutenberg

einen zusätzlichen Beitrag verlangt.

Sie meinen Ihre «Kurtaxen» für Zuwanderer, die als nicht vereinbar mit der Personenfreizügigkeit gelten?

Man muss die Alternativen vergleichen. Die Kurtaxe ist EU-kompatibler als Kontingente. Die EU-Experten lehnen Mengenvorschriften strikte ab. Sie bevorzugen Preismodelle. Das war sogar beim Transportabkommen der Bilateralen I so. Die Schweiz

wollte Alpentransitkontingente, die EU akzeptierte nur Transitpreise. Genau diesem Ansatz folgt auch meine Kurtaxe. Mir schwebt ein täglicher Zuschlag auf der Einkommens-beziehungsweise Quellensteuer für jeden Zuwanderer vor, den er während der drei bis fünf ersten Jahre zu bezahlen hätte. Ich will also keinen Eintritts-, sondern einen Aufenthaltspreis. So bliebe die Wanderungsfreiheit erhalten.

Wer würde dieses Geld erhalten?

«Trumps Vorgehen wirkt konfus. Man könnte es als Versuch zum Sprengen von Fesseln sehen. Er wirft einen Stein ins Wasser und schaut, was passiert.»

Es würde idealerweise in die allgemeine Staatskasse fliessen. Damit liessen sich höhere Aufwendungen bezahlen, die aus einer schnell wachsenden Bevölkerung resultieren, etwa für Infrastruktur und Umweltschutz.

Wie hoch sollte diese Abgabe ausfallen?

Etwa 12 bis 15 Franken pro Tag oder 4000 bis 5000 Franken pro Jahr.

Und diese Abgabe wäre für den portugiesischen Gipser gleich

hoch wie für den amerikanischen IT-Spezialisten?

Ja.
Für einen Gipser wiegt dieser Betrag viel schwerer.

Das stimmt. Aber er bezieht sich eben auf die entstehenden Kosten, und diese sind immer etwa gleich hoch. Zudem ist eine solche Abgabe allemal tragbar angesichts der Einkommensunterschiede zur Heimat des Gipsers. Sie soll zudem pro Person erhoben werden, also auch für weitere Familienmitglieder, für Kinder aber sehr stark reduziert. Unter dem Strich würden dann wohl etwa 500 000 Personen eine solche Abgabe entrichten, was 2 bis 2,5 Milliarden Franken pro Jahr einbrächte. Damit gewänne die Zuwanderung an Akzeptanz, weil einheimische Steuerzahler entlastet würden.

Letztlich zahlen doch die Arbeitgeber, also beispielsweise Google. Dann wäre Ihr Instrument wirtschaftsschädlich.

Der Arbeitgeber müsste nur dort mehr Lohn bezahlen, wo die Löhne wegen der hohen Zuwanderung gesunken sind.
Wie stark würden solche Kurtaxen die Einwanderung bremsen?

Genau lässt sich dies nicht prognostizieren. Es kämen dann vermehrt diejenigen, die stark vom Zuwandern profitieren und die der Schweiz viel bringen.

Ist das nicht Wunschdenken? Die Einkommensunterschiede sind ja immer noch hoch.

Die Zuwanderung würde sicher zurückgehen. Es gibt ja bisher Zuwanderer, für die sich das Zuwandern, unter Abwägung aller Aspekte, nur knapp lohnt. Solche kämen dann nicht mehr.
Skeptisch macht, dass Ökonomen auf fast alles eine Antwort haben.

Tatsächlich erlaubt unsere Disziplin fruchtbare Analysen fast aller gesellschaftlicher Probleme. Ökonomische Erklärungen sind aber nie Ersatz, sondern Ergänzung anderer Ansätze.

Sie haben einen allgemeingültigen Erklärungsansatz?

Das unterscheidet uns von anderen Disziplinen. Ökonomen können dank einfacher theoretischer

Grundbausteine, etwa dass Menschen lieber Vor- als Nachteile haben und auf Anreize reagieren, oft erstaunlich allgemeingültige Aussagen liefern.

Sie selber reizen das ziemlich aus und äussern sich zu fast allen Themen. Schadet das der Glaubwürdigkeit nicht?

Der Schweizer Markt für ökonomische Expertise ist begrenzt. Weil es nur wenige Spezialisten pro Sachgebiet gibt, macht es Sinn, wenn einzelne Ökonomen breiter ausgerichtet sind. Natürlich muss man dann etwas Originelles zu sagen haben. Das macht mir einerseits Spass, und andererseits bin ich der Meinung, dass ich auch fruchtbare Beiträge leisten kann.

Gibt es etwas, wozu Sie nichts sagen könnten?

(denkt nach) Es gibt Fragen, bei denen ich mich schwertue. Zum Beispiel, ob Zuwanderer je nach Herkunftsland und Ausmass der verursachten Kosten unterschiedlich besteuert werden sollten.

Dann wäre plötzlich ein Afghane stärker zu besteuern als ein Deutscher?

Vor derartigen Schlüssen schrecke ich zurück. Ich möchte keine solche Diskriminierung, obwohl der Ansatz streng ökonomisch richtig wäre. Interessant ist aber, dass gerade die heutige Zuwanderungspolitik mit der Personenfreizügigkeit für EU-Bürger und Kontingenten für Drittländer extrem diskriminierend ist.

Wie ist das eigentlich bei Ihnen zu Hause? Geht Ihrer Familie dieser Hang zur Ökonomisierung nicht manchmal auf den Wecker?

Weniger als Menschen, die ganz unökonomisch sind.
Ist die Wahl Ihres Wohnorts an der Zürcher Goldküste auch ein ökonomischer Entscheid?

Nein. Wir wohnen hier, weil ich und meine Frau hier aufgewachsen sind und wir mein Elternhaus übernehmen konnten. Zudem wollte meine Familie nicht an meinen Arbeitsort umziehen. Sie fürchtete, bei einem Ruf an eine andere Universität müsste sie dann wieder zügeln.

Interview: Christoph Aebischer

4B FENSTER

Lässt keine Kälte rein: das Renovationsfenster RF1.

Mehr Informationen und persönliche Beratung finden Sie unter:
www.4-b.ch/renovieren oder 0800 844 444

3 für 2 Rabatt*

- Kontaktieren Sie mich für eine unverbindliche, kostenlose Fachberatung.
- Senden Sie mir detaillierte Unterlagen zum Renovationsfenster RF1.

Coupon einsenden an:
4B, Sales Service
an der Ron 7
6281 Hochdorf

*3-Fach-Isolierverglasung zum Preis einer 2-fachen. Das 3 für 2 Angebot ist nicht mit anderen 4B-Rabatten kombinierbar und gilt nur für Privatkunden mit Direktbezug bei 4B und nur bis zum 17. April 2017.

Name:

Vorname:

Strasse, Nr.:

PLZ, Ort:

Telefon:

E-Mail: